

Verantwortung und Zuversicht



Liebe Leser:innen, wir wollen weiterhin Anker in schwierigen Zeiten und Motor in Zeiten des Fortschritts sein. Auch deshalb wollen wir mit Bodo Ramelow in Thüringen für stabile Verhältnisse sorgen und gemeinsam mit ihm als Ministerpräsidentenkandidat in die kommende Landtagswahl gehen. Wir wollen den Veränderungen mit Ideen begegnen und aufzeigen, wie es gehen kann, den Wandel zu gestalten. Wir wollen unsere Lebensgrundlagen erhalten, ohne dabei die Menschen allein zu lassen. Es braucht Kraft, Zuversicht und Mut für diesen Weg. Kraft bei der Bewältigung des demografischen Wandels, der in allen Bereichen des täglichen Lebens bei der Suche nach Lehrkräften, Handwerker:innen oder Pflegekräften zu spüren ist. Mut bei dem Einsatz für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, der getragen wird durch die vielen Menschen, die sich ehrenamtlich tagtäglich für andere einsetzen und dabei viel zu oft selber zurückstecken. Und Zuversicht, dass wir uns den Krisen dieser Zeit nicht ergeben müssen, wenn wir gemeinsam daran arbeiten, Thüringen zu gestalten. Dazu brauchen wir Vertrauen und Verantwortung in Thüringen und seine Möglichkeiten.

Lesen Sie weiter auf Seite 2.

Energie, aber fair!

auf den Seiten 4+5



Unsere Kampagne „Energie, aber fair!“ beruht im Wesentlichen auf 3 Säulen: **DIE LINKE hilft, DIE LINKE im Dialog und DIE LINKE protestiert.** Außerdem kommen wir unserer Verantwortung nach, Thüringen für die Menschen mit fairer Politik zu gestalten. Was das im einzelnen bedeutet, erläutert der Landtagsabgeordnete Markus Gleichmann. Über unsere Anliegen zum Thema Energiesicherheit im Bundestag berichtet Ralph Lenkert als Energieexperte unserer Bundestagsfraktion.

Landeshaushalt 2023



auf Seite 6

Die Verabschiedung des Landeshaushaltes zählt zu den jährlichen Höhepunkten der parlamentarischen Arbeiten. Insbesondere in einer Minderheitenregierung ist das eine sehr anspruchsvolle Aufgabe. Wie das Verfahren durch faktische Arbeitsverweigerung der CDU-Opposition noch erschwert wird und was das für den Haushalt 2023 bedeutet, erläutert der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Thüringer Landtag, Steffen Dittes. Außerdem gibt es einen Faktencheck zum Verhalten der CDU.

Fortsetzung von Seite 1

Ein Jahr geht zu Ende, mal wieder. Dieses war geprägt von vielen großen und kleinen gesellschaftlichen Krisen. Wir mussten Worte lernen, wie "Stapelkrise" oder "Gaspreisdeckel". Doch die Krisen, die wir sehen, sie bergen auch Momente der Solidarität und des Zusammenhalts in sich. Was auf den Ausbruch des Krieges folgte, waren Flucht und Menschen, die um Hilfe baten. Viele von uns haben den Schock des 24. Februar 2022 schnell umgewandelt in Solidarität. Auch Thüringen hat die Augen nicht verschlossen und Geflüchtete und schutzsuchende Menschen in den Kreisen und Kommunen untergebracht. Viele sind bereits in Arbeit, ihre Kinder in Schulen und ihre Erinnerung an den Krieg verblassen hoffentlich. Dieser Solidarität müssen wir uns immer bewusst sein. Wenn es darauf ankommt, können und wollen wir für die Menschen da sein, die uns am meisten brauchen, egal wo sie herkommen. Egal ob unbegleitete minderjährige Geflüchtete, ältere Menschen bedroht von Einsamkeit mit einer viel zu kleinen Rente oder Menschen, die neben ihrer Arbeit auch noch aufstücken müssen, damit es gerade so zum Leben reicht.

Mit dem Krieg kam auch die längst überfällige Einsicht nach Deutschland, dass wir nicht länger auf fossile Energieträger setzen können. Wenn schon nicht auf die jungen Menschen der Fridays for Future Generation oder auf die wissenschaftlichen Expertisen gehört wurde, sollte uns letztlich die Abhängigkeit von anderen Ländern die Augen geöffnet haben. Was es braucht, ist eine unabhängige, ökologische Energieerzeugung. Energie, die vor Ort, durch Wind, Sonne oder Biomasse direkt in unser Netz gespeist werden kann. Die durch die Erzeugung vor Ort auch den Geldbeutel entlastet, weil nicht mehr das teure Erdgas den Preis bestimmen darf. Preisdeckel und Pauschalen mögen kurzfristig „entlasten“, aber die „Entlastung“ wäre nicht notwendig mit



Bodo Ramelow (l.) im Gespräch mit den Landesvorsitzenden Ulrike Grosse-Röthig (2.v.l) und Christian Schaft (r.) sowie dem Bundesvorsitzenden der Partei DIE LINKE, Martin Schirdewan (2.v.r.)

einer generellen Reform der Energieversorgung. Dafür streiten wir schon lange in Thüringen. Und wir schauen in die Orte, wo in Bürger:innenhand gemeinsam mit der Gemeinde und ansässigen Unternehmen eine neue soziale und ökologische Energieversorgung aufgebaut werden kann. Die Angst, den Winter in einer kalten Wohnung zu verbringen, die Heiz- und Stromkosten nicht bezahlen zu können und den Kindern einen weiteren dicken Pullover anziehen zu müssen, darf in einem der reichsten Länder der Welt nicht bestehen. Umverteilung darf nicht länger ein Tabuthema sein, nur weil die FDP in der Ampelregierung wirksame Hilfen und Steuerreformen verhindert.

Umverteilung, Steuergerechtigkeit, Kindergrundsicherung: Hier steht die Ampel auf Gelb und kommt deshalb nicht vom Fleck. Der Systemwechsel bleibt aus. Das zeigte sich nicht zuletzt in der Entscheidung zum Bürger:innengeld, wie Hartz IV jetzt heißt. Darüber können auch kleine Verbesserungen nicht hinwegtäuschen. Nicht nur die FDP hat sich darüber gefreut, wir ha-

ben auch eine beispiellose Schmutzkampagne der CDU erlebt, gebacken aus Neid, Vorurteilen und Profitgier. Was wir erleben ist eine Art und Weise der politischen Debatte, die sich in Stimmungsmache verliert und Fakten nicht mehr zur Grundlage der Auseinandersetzung macht. Die Leidtragenden sind die Menschen in der Gesellschaft, die dringend unsere Unterstützung und Solidarität brauchen. Und dieser neue Politikstil der CDU schlägt sich auch in Thüringen nieder. Hier braucht es einen neuen Landshaushalt – damit das Land weiterarbeiten kann. Soziale Träger, Verbände, Vereine, Kommunen, Unternehmen, öffentliche Einrichtungen. All jene, die die Gesellschaft atmen lassen und zusammenhalten, sind auf einen Landshaushalt angewiesen. Die Abgeordneten der LINKEN versuchen alles, um diesen Haushalt noch vor Jahresende auf die Beine zu stellen. Doch jene, die sich selbst "konstruktiv" nennen, machen das wieder einmal zu einem schwierigen Unterfangen. Die CDU in Thüringen spielt mit faulen Tricks und verzögert diese Verhandlungen.

Letztes Jahr noch wollte sie nicht in "Hinterzimmern" verhandeln, sondern im Parlament. Nun verweigert sie ihr Königsrecht, der Haushaltsgesetzgebung und ist nicht bereit, sich im Landtag an einen Tisch zu setzen. Diese Art und Weise der Politik ist nicht nur finanzpolitisch ein Risiko, sie setzt auch das Vertrauen der Menschen in die Politik aufs Spiel. Das können und wollen wir nicht zulassen. Die Handlungsfähigkeit des Landes im Sinne der Gestaltung einer sozialen und ökologischen Politik, wollen wir sichern. Dazu braucht es stabile Verhältnisse in Thüringen. Diese Stabilität will DIE LINKE geben.

Liebe Thüringer:innen es liegt ein anstrengendes Jahr hinter und ein hoffentlich besseres vor uns. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten. In diesem Sinn wünschen wir Ihnen einen guten Start in das Jahr 2023.

Ulrike Grosse-Röthig und Christian Schaft, Landesvorsitzende DIE LINKE. Thüringen

Kurz und Knapp

Ein Jahr als Bundesratspräsident

Bodo Ramelow war im Gespräch mit der Landtagsabgeordneten Katja Maurer über sein Jahr als Bundesratspräsident. Er sprach über Chancen und Möglichkeiten, auch und gerade als Linker, die Bundesrepublik Deutschland zu repräsentieren. Ein Höhepunkt der Amtszeit war der Besuch der „Colonia Dignidad“ in Chile als erster hochrangiger Deutscher Politiker überhaupt.



Zum Video unter: <https://youtu.be/6qOeU1pDQzY>

Stabilität für Thüringen

Der Landesvorstand von DIE LINKE. Thüringen hat einstimmig beschlossen, gemeinsam mit Bodo Ramelow für eine starke LINKE und klare Mehrheiten in die kommende Landtagswahl gehen zu wollen. Mit dem Beschluss wurde den Gremien der Partei der Vorschlag gemacht, mit Bodo Ramelow als Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten in den kommenden Wahlkampf zu ziehen. Ziel muss es sein, Mehrheiten im Parlament zu gewinnen, um wieder mehr gestalten zu können. Auch vorgezogene Neuwahlen scheidet Bodo Ramelow nicht.



Zum Video unter: <https://youtu.be/Hz8GbtPdxIA>

Verantwortung übernehmen, Solidarität praktisch werden lassen

Liebe Leserinnen und Leser, hinter uns liegt ein ebenso ereignisreiches wie anstrengendes Jahr in einer Zeit, in der sich, so der Eindruck vieler Menschen in unserem Land, eine Krise an die nächste reiht bzw. sich unterschiedliche Krisenphänomene sogar überlagern. Putins völkerrechtswidriger Angriffskrieg gegen die Ukraine und seine Folgen treffen Deutschland, Europa und die Welt. Seit beinahe einem Jahr kämpfen die Ukrainerinnen und Ukrainer um ihre Freiheit und gegen die imperialistische Aggression der russischen Streitkräfte. Ich meine es ernst, wenn ich von Demokratie, Minderheitenschutz und Freiheit in Zusammenhalt spreche. Deshalb gilt meine volle Solidarität der Ukraine und es bleibt – ganz im Geiste Bertha von Suttners – bei meinem Appell an Putin: „Die Waffen nieder!“

Eng verbunden mit diesem Drama im Osten unseres Kontinents müssen wir Russlands Erpressungsversuche im Energiesektor betrachten. Wir stehen vor einer Situation, in der Gas- und Energiepreise explodieren. Wenn mir Rentner, Bäcker, Unternehmer oder Studierende davon berichten, dass sie Sorge haben, ob sie ihre Energierechnungen noch begleichen können oder im Winter im Kalten sitzen bzw. Mitarbeiter entlassen müssen, ist das mehr als alarmierend. Ich hätte mir deshalb auch gewünscht, dass die Bundesregierung zügiger all diese Probleme im Sinne der Menschen in unserem Land geregelt hätte.

Als Landesregierung und Landtag haben wir nicht gewartet, sondern gemeinsam einen Rettungsschirm von über 400 Millionen Euro über der Thüringer Gesellschaft aufgespannt, der allen helfen wird, die schwierige Situation zu überbrücken. Das bedeutet für mich LINKE in Regierung: Verantwortung übernehmen, Solidarität praktisch werden lassen und gemein-

sam mit den Menschen nach Wegen auch aus schwierigsten Lagen finden. Wir werden für Taten und Handeln, nicht für Worte gewählt.

Am Ende – und das zeigt uns die momentane Lage überdeutlich – müssen wir allerdings endlich die Energiewende mit der notwendigen Konsequenz vorantreiben. Das heißt für mich: massive Investitionen in den Ausbau erneuerbarer Energien, Umbau der Energieinfrastruktur hin zur Trias aus Dezentralität, Regenerativität und Regionalität und vor allem solidarische Preisgestaltung gerade am Energiemarkt. Warme Wohnungen und bezahlbarer Strom sind grundlegendes Recht eines jeden Menschen.

In diesem Jahr 2021/2022 übernahm ich als bislang einziger linker Ministerpräsident den Vorsitz des Bundesrates – der Herzkammer unseres föderalen Systems. Es war mir eine große Freude und noch viel größere Ehre unser politisches System im In- und Ausland repräsentieren zu dürfen. Unter dem Motto „Zusammenwachsen – zusammen wachsen“ habe ich bei verschiedensten Anlässen – zuletzt erst während der wunderbaren Einheitsfeierlichkeiten in Erfurt – dafür geworben, weiterhin bestehende reale Ungerechtigkeiten, aber auch mentale Differenzen zwischen Ost und West ehrlich zu benennen und vor allem praktische Antworten auf die Frage zu finden, wie wir 32 Jahre nach der Einheit gemeinsam in unserem Land leben wollen.

Reisen in meiner Funktion als Bundesratspräsident führten mich unter anderem nach Frankreich, Belgien, Rumänien, Polen und zuletzt nach Chile. All diese Besuche haben mir gezeigt, wie wichtig die europäische und internationale Solidarität gleichberechtigter Partner gerade dann ist, wenn unsere Demokratien unter Druck stehen. Besonders die Tage in



Chile haben mich tief bewegt. Als erster hoher Repräsentant der Bundesrepublik überhaupt stand ich im sog. „Kartoffelkeller“, dem Folterverlies in der sog. „Colonia Dignidad“, in der Deutsche – unter stillschweigender Duldung des Auswärtigen Amtes – der Pinochet-Diktatur zuarbeiteten, indem sie Oppositionelle quälten, folterten und oft genug auch für immer verschwinden ließen. Ich hoffe, dass mein Besuch als Ausgangspunkt sowohl für die deutsche als auch die chilenische Regierung dient, Fragen nach der Hilfe für Opfer, aber auch nach der

Errichtung eines würdigen Gedenkortes endlich in der notwendigen Tiefe und Zügigkeit zu beantworten.

Liebe Leserinnen und Leser, ein Jahr neigt sich dem Ende, aber ein neues klopft bereits vernehmbar an der Tür und ja, auch die Landtagswahl 2024 rückt näher und näher. Mein Ziel ist dabei klar: Solidarität, Sicherheit und ein Thüringen, in dem kein Mensch zurückgelassen wird. Dafür brauchen wir eine starke LINKE.

*Alles Gute
Bodo Ramelow*

**Linke Politik braucht
deine Unterstützung.
Spende jetzt.**

www.die-linke-thueringen.de/spenden



Energie, aber fair!



Als LINKE in Beteiligung der Thüringer Landesregierung, die mit Bodo Ramelow einen LINKEN Ministerpräsidenten stellt, wird uns umso mehr Verantwortung gegenüber den Menschen im Land zu teil. Diese Verantwortung bleibt unser Auftrag: Thüringen für die Menschen mit fairer Politik zu gestalten. Während im vergangenen Frühjahr vielerorts noch nach politischem Ausdruck der Geschehnisse um den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Putins auf die Ukraine gesucht wurde, ist unsere Kampagne „Energie, aber fair!“ gestartet, die im Wesentlichen auf 3 Säulen besteht. DIE LINKE hilft, DIE LINKE im Dialog und DIE LINKE protestiert.

DIE LINKE hilft

DIE LINKE tritt als Partei der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität im Parlament für stetige Verbesserungen ein und leistet gleichzeitig ganz

konkrete Unterstützung im Alltag von Menschen, die besonders von Krisen betroffen sind. Hinter „DIE LINKE hilft“ steht die Idee der Beratung und Unterstützung, die durch den zumeist schwer durchdringbaren Behördenschwungel, barrierefreie und kostenfreie Hilfe, beispielsweise beim Ausfüllen von Anträgen staatlicher Hilfeleistungen, anbietet. Dabei ist das Konzept älter als DIE LINKE selbst. Bereits in der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts etablierten sich Formen der Selbsthilfe und gegenseitiger Unterstützung im sozialen Umfeld als Teil des Kampfes gegen Ausbeutung. In Krisenzeiten sind Alleinstehende, Familien und Rentner*innen für die Bewältigung ihres täglichen Lebens häufig auf sich allein gestellt. Solidarität und Hilfe zu erfahren, stärkt das eigene solidarische Bewusstsein, gibt Zuversicht und lässt im Idealfall eine solidarische Selbsthilfeorganisation entstehen.

Thüringenweite „DIE LINKE hilft“ Angebote und Ansprechbarkeiten findet ihr über folgende Karte. Weitere Anlaufstellen sind in Planung.

DIE LINKE im Dialog

Die Entwicklungen der letzten Monate sind nicht nur mit neuen Alltagsbelastungen verbunden, sie erschweren häufig auch den Zugang und das Verständnis politischer Entscheidungen. Wie Krieg, Energiekrise und Inflation ineinandergreifen, das Verhältnis der verschiedenen Zuständigkeiten und Aufgabenbereiche von Bundesregierung und Landesregierung Handeln und Verantwortung im LINKEN, d.h. sozial gerechten Sinne, ermöglicht, ist für viele Menschen kaum noch nachzuvollziehen. Deswegen ist es unser LINKER Anspruch das Angebot von Dialog und Begegnung mit Bürger*innen zu stärken, um mehr Klarheit in die politischen Wirrungen zu brin-

gen und Unsicherheiten abzubauen. Unsere Landesvorsitzenden Ulrike Grosse-Röthig und Christian Schaft, sowie die Fachpolitiker für Energiefragen, Ralph Lenkert im Bundestag und Markus Gleichmann im Thüringer Landtag sind dafür in ganz Thüringen unterwegs. Unsere Angebote in Form von Bürgerforen, Sozialgipfeln, energiepolitischen Sprechstunden oder als Unterstützung bei Energiefragen kommunaler Strukturen wurden mit großem Zuspruch angenommen. Wir werben auch 2023 für LINKE Politik der Sicherheit und des Vertrauens, dafür ist uns kein Weg zu weit und keine Frage zu viel.

DIE LINKE protestiert

Als LINKE sind wir auch im neuen Jahr im öffentlichen Raum vertreten. In den vergangenen Monaten gab es zahlreiche LINKE Kundgebungen und Demonstrationen für eine solidarische Bewältigung der Energiekrise. Wir beziehen auch weiter Haltung für Menschlichkeit und gerechte Verteilung der Kosten. Dabei wird sich die klare Abgrenzung gegenüber antidemokratischen und rechten Kräften, nicht ändern. Gemeinsamen Proteste oder Politik mit der AfD wird es nicht geben. Unbestritten sind die großen Sorgen der Menschen. Deswegen laden wir alle ein, sich unseren Protesten gegen soziale Spaltung, Armut und Ausbeutung unserer Umwelt anzuschließen.

Alle LINKEN Forderungen, Aktionen und Unterstützungsangebote sind auf unserer Sonderseite www.energie-aber-fair.de zu finden.

Nicole Griebbach

DIE LINKE hilft vor Ort!

Gera

Markt 12 a
07545 Gera
Tel. 0365 813123
www.die-linke-gera.de

Ilmenau

Karl-Zink-Str. 2,
98693 Ilmenau
Tel. 03677 8918077
www.christian-schaft.de

Nordhausen

Barfüßerstraße 18
99734 Nordhausen
Tel. 03631 6512771
www.katja-mitteldorf.de

Saalfeld

Saalstraße 38
07318 Saalfeld
Tel. 03671 515489
www.haskala.de

Hermsdorf

Naumburger Straße 8
07629 Hermsdorf
Tel. 036601 219683
www.markus-gleichmann.de

Pöbneck

Schuhgasse 12
07381 Pöbneck
Tel. 03647 506 99 49
www.ralfkalich.de

Bad Salzungen

Bahnhofstr. 23
36433 Bad Salzungen
Tel. 03695 604724
www.linksmueller.de

Bad Langensalza

Kornmarkt 13
99947 Bad Langensalza
Tel. 03603 8101963
www.cordula-eger.de

Weimar

Marktstraße 17
99423 Weimar
Tel. 03643 9000611
www.steffendittes.de

Erfurt

Pilse 29
99084 Erfurt
Tel. 0361 21347442
www.redroxx.de

Johannesstr. 49
99084 Erfurt
Tel. 0361 21668710

Vergesellschaftung der Energiewirtschaft

Im Jahr 1997 starteten Union und FDP die Liberalisierung des Stromsystems. Damit wurde Spekulanten Tür und Tor geöffnet. Es folgte der Ausverkauf der Gaswirtschaft. Parallel wurde die staatliche Preisaufsicht zerschlagen. Kommunale Stadtwerke werden gegenüber Konzernen benachteiligt. Alle Bundesregierungen legten so Stück für Stück die Versorgungssicherheit in unserem Energiesystem in die Hände von profitorientierten Unternehmen, auch aus dem Ausland, auch aus Russland, und ohne ausreichende Absicherung. An der Börse manipulierten „einige“ schwarze Schafe den Markt. Mehrfach standen wir deshalb kurz vor Blackouts.

Seit Herbst letzten Jahres kündigen Händler bestehende Verträge und zwingen ihre Kundinnen und Kunden in teure Neuabschlüsse. Gazprom verursachte mit seinem Eigentum in Deutschland Gasmangel, und Spekulanten nutzten dies zusätzlich egoistisch für Übergewinne aus. Haushalte, Handwerk und Industrie zahlen die Zechen mit explodierenden Energiekosten.

Das ist kein Marktversagen, das ist normales Verhalten von Marktteilnehmern zum Steigern ihrer Profite. Deshalb fordert DIE LINKE: Energieversorgung ist unverzichtbar und muss der Gesellschaft gehören.

Unter dem Eindruck der Energiekrise hat die Ampel dem Marktmissbrauch jetzt wenige gesetzliche Grenzen gesetzt. Unternehmen, Händler, welche bewusst die Versorgung mit Energie gefährden, können enteignet werden; und das ist auch das Mindeste.

Aber dass die Regierung weiterhin zulässt, dass am Markt Profitmaximierung durch Spekulation erreicht werden kann, ist verantwortungslos. Und dass selbst im Winter viele Familien wegen drohender Strom- und Gassperren keine Versorgungssicherheit haben werden, ist unerträglich.

DIE LINKE kämpft für dauerhafte Versorgungssicherheit bei bezahlbaren Energiepreisen. Wir fordern: mehr Regulierung gegen Spekulationen, Übergewinnsteuern, damit Wucher sich nicht lohnt, Festpreise für den Grund-



Ralph Lenkert (r.) gemeinsam mit Martin Schirdewan bei einem Bürgerforum zur Energiepolitik im Jenaer Volksbad am 26. Oktober dieses Jahres.

bedarf an Strom, Gas und für jede Heizenergie und ein Verbot von Strom- und Gassperren.

Wir brauchen die Vergesellschaftung der Energiewirtschaft und eine Kommunalisierung bei den Stadtwerken. Damit bleiben Energiekosten bezahlbar, damit wird Versorgungssicherheit gewährleistet, und damit sichern wir letztlich eine klimaneutrale Ener-

giewirtschaft. Kurzfristig fordern wir bezahlbare Energiekontingente und monatliche Direktzahlungen an alle Haushalte von 75 Euro je Haushalt, plus 50 Euro je Person in jedem Monat.

Weitere Informationen unter:
www.ralph-lenkert.de

*Ralph Lenkert,
Energiepolitischer Sprecher der
Bundestagsfraktion DIE LINKE*

Energiepolitik unter Spannung



Die aktuelle Energie- und Preisentwicklung verunsichert nicht nur Menschen fernab der Politik. Selbst mir, als Landtagsabgeordneter war es 2022 nicht immer möglich, die vielen verschiedenen Ankündigungen der Berliner Ampelregierung zu durchschauen. So hatten es neofaschistische Strukturen, oftmals gesteuert von der AfD, relativ leicht, eine Blackout-Panik zu erzeugen. Dabei ist die Energieversorgung in Deutschland gesichert und das Stromnetz auf einem der Spitzenplätze weltweit. Der gestiegene Anteil dezentraler und erneuerbarer Energie hat dazu beigetragen, denn die Abhängigkeit von wenigen Großkraftwerken ist deutlich gesunken. Die Substitution von sogenanntem „Russengas“ ist mit

immensem doch leider klimaschädlichem Aufwand gelungen. Dieser war nötig, da die CDU geführten Regierungen der vergangenen Jahrzehnte die Energiewende verschleppt und die Abhängigkeit von Russland immer weiter gesteigert haben.

„Während in Berlin ein Gesetzesentwurf den nächsten jagt und viel Verunsicherung herrscht, haben wir als LINKE in Thüringen mit unseren Koalitionspartnern das Heft des Handelns in die Hand genommen.“

Auf Vorschlag der LINKEN im Thüringer Landtag wurde das Sondervermögen, welches bisher für die Abfederung der notwendigen Corona-Maßnahmen diente, um den Zweck erweitert, kurzfristige Mittel für die Menschen und die von Berlin vergessene kommunale Ebene zur Verfügung zu stellen. Ein Härtefallfonds soll die Familien stärken, die sonst durch alle Raster der sozialen Unterstützung fallen. Kommunen mit ihren öffentlichen Unternehmen können über die Thüringer Aufbaubank schnell Liquiditätshilfen und Zuschüsse für z.B. den ÖPNV, Krankenhäuser, Schulen, Kitas und Sportanlagen bekommen.

Das gilt natürlich auch für Träger von Pflegeeinrichtungen, Kultur und gemeinnützige Vereine jeglicher Ausrichtung, die auf Grund von gestiegenen Preisen in Existenznöte kommen. Alle wichtigen Hinweise und Hilfe bei der Beantragung können Sie auf der Sonderwebseite der Landespartei abrufen: energie-aber-fair.die-linke-th.de

Schon jetzt ist es die entscheidende Standortfrage für viele Unternehmen, ob genügend günstige Erneuerbare Energie in einer Region zur Verfügung steht. Das Land Thüringen hat im Rahmen des Sondervermögens 30 Millionen Euro für erste Maßnahmen einer schnellen Dekarbonisierung – also dem Ausstieg aus fossilen Energieträgern – verankert. Die landeseigene Energieagentur THEGA arbeitet daran, auch energieintensive Betriebe bei der Umstellung zu unterstützen. Für die Sicherung tausender Thüringer Arbeitsplätze, im Einklang mit dem Schutz der Umwelt und dem Kampf gegen den Klimawandel, braucht es vor allem den Ausbau von Photovoltaik- und Windkraftanlagen. In Thüringen ist es weiterhin sinnvoll die vielen Biomassekraftwerke mit einzubeziehen. Für den Ausbau braucht es Flächen und den Mut diese auch zu nutzen.

„Wir können die Energiewende für die Menschen in Thüringen selbst gestalten, vor Ort in der Kommune bis in den Landtag. Nicht weniger ist unser LINKER Anspruch.“

Als LINKE Landtagsfraktion fordern wir daher entsprechende klare Ziele und den Abbau von bürokratischen Hindernissen. Die Menschen müssen mitgenommen und beteiligt werden, daher arbeiten wir an einem Solarausbaugesetz und einem Energieerzeugungsbeteiligungsgesetz, damit die Wertschöpfung in der Region bleibt. Dezentral, regional und erneuerbar sind Schlagworte, die trotz ihrer ständigen Wiederholung nichts an Aktualität verlieren. Ergänzend braucht es mehr Energieerzeugung in Bürgerhand. Daher werden klare Zieldefinitionen und Vorgaben nötig sein, die Bürgerenergiegenossenschaften in die Lage bringen „im Wettbewerb“ gegen große Konzerne agieren zu können.

Mehr unter:
www.markus-gleichmann.de

*Markus Gleichmann,
Energiepolitischer Sprecher
DIE LINKE. im Thüringer Landtag*

Haushalt 2023 – Arbeitsverweigerung der CDU

Ob Thüringen zum Ende des Jahres einen Haushalt für das Jahr 2023 hat, ist zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Beitrages noch mehr als ungewiss. Dabei ist ein Haushaltsplan keine Nebensächlichlichkeit. Ohne einen Landeshaushalt verfügen zum Beispiel Kommunen nicht über die notwendige Planungssicherheit, die sie für ihre Aufgabenerfüllung benötigen. Auch Unternehmen erwarten verlässliche Aussagen des Landes über Zuschüsse und Investitionen. Die vielen Träger der sozialen Versorgung und Betreuung von Menschen in allen Altersbereichen, Sport-, Kultur-, Umwelt- oder Integrationsvereine warten auf eine Zusage, ob sie ihre Arbeit im Januar mit Gewissheit fortsetzen können. Anderenfalls müssen Angestellte eventuell für einen ungewissen Zeitraum nach Hause geschickt werden. All das ist ein Problem, denn ohne einen beschlossenen Haushalt darf das Land nur noch Ausgaben tätigen, zu denen es gesetzlich oder vertraglich verpflichtet ist. Neue Investitionen dürfen nicht begonnen werden. Eine solche haushaltslose Zeit wäre in der Energiepreiskrise und in der Zeit allgemein hoher Inflation eine gegenüber den Empfänger:innen von Lan-

deszuweisungen unverantwortliche Situation. Auch die Auszahlung von Hilfsmitteln im Rahmen der Energieentlastungspakete hängt vom Landeshaushalt ab, denn der Bund zahlt nur, wenn das Land einen entsprechenden Anteil übernimmt. Umso unverständlicher ist es, dass die CDU die Gespräche mit den Koalitionsfraktionen zum Haushalt eingestellt hat. Dieser Gespräche bedarf es aber, um in einem verbindlichen Verfahren den Landeshaushalt im Landtag zu beschließen. Für die Haushaltsjahre 2021 und 2022 haben die Koalitionsfraktionen mit der CDU Änderungen am Haushaltsentwurf der Landesregierung verhandelt und am Ende einen Haushalt beschlossen. Nun verlangt die CDU vier Monate nach Vorlage des Haushaltsentwurfes durch die Landesregierung, dass diese ihren Entwurf verändert, anstatt mit den Koalitionsfraktionen über konkrete Änderungsvorschläge zu verhandeln. Im MDR-Interview betonte der CDU-Fraktionsvorsitzende, die CDU habe dafür „klare Vorgaben“ gemacht. Es ist jedoch eine irrtümliche Annahme, dass eine Fraktion der Landesregierung Vorgaben machen könne, was diese in einem Haushaltsentwurf aufzunehmen



hat und was nicht. Es ist Sache des Parlamentes den Haushaltsentwurf zu bearbeiten, zu verändern und zu beschließen. Wer den Entwurf der Landesregierung für unzureichend hält und im Ergebnis Veränderungen anstrebt, muss konkret sagen, wie und an welcher Stelle. Die Fraktionen DIE LINKE, SPD und Grüne haben entsprechend des verabredeten Zeitplanes ihre Änderungs-

vorschläge in das parlamentarische Verfahren eingebracht. Damit liegen nun zwei zu diskutierende Vorlagen auf dem Tisch: der Haushaltsentwurf der Landesregierung und die Änderungsvorschläge der Koalitionsfraktionen. Nun liegt es an der CDU ebenso Verantwortung zu übernehmen.

*Steffen Dittes,
Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE. im Thüringer Landtag*

Faktencheck:

Die Opposition und der Haushalt 2023

Wie geht es in den Verhandlungen zum Landeshaushalt weiter?

Nachdem die Landesregierung einen Haushaltsentwurf vorgelegt hat, haben die rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen Änderungsanträge erarbeitet, welche am 01.12. an den Haushalts- und Finanzausschuss übergeben wurden. Dieser wird am 08.12. tagen und über die Änderungsanträge und die Beschlussempfehlung zum Landeshaushalt entscheiden. Am 15.12. tagt der Thüringer Landtag und wird über die Verabschiedung des Landeshaushalts entscheiden.

Was passiert, wenn sich die Haushaltsaufstellung weiter verzögert?

Sollte am 15.12. kein Landeshaushalt beschlossen werden, kann das Land seine gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung weiterhin erfüllen. Sogenannte freiwillige Leis-

tungen können nicht ausgezahlt werden. Unter anderem die Projekte der Verkehrswacht, der Landesfamilienförderplan in Höhe von 1,7 Mio. Euro oder auch die Steigerung der Mittel für die Frauenhäuser wären davon betroffen. Das Land kann zudem kein neues Personal einstellen oder Baumaßnahmen beginnen.

Was tun CDU und FDP aktuell im Prozess?

Die CDU und FDP blockieren den regulären Prozess der Änderung des Haushaltsentwurfs aktuell. Die CDU forderte eine Reduzierung des Haushaltsentwurfs um bis zu 820 Mio. Euro und zeitgleich zusätzliche Ausgaben von 902 Mio. Euro, was einer Kürzung des aktuellen Entwurfs von mindestens 1,5 Milliarden Euro entsprechen würde. Diese Forderung richtete sie an die Landesregierung, welche allerdings nicht zuständig ist, denn es ist Aufgabe des Thüringer Landtags, als Haushalts-

gesetzgeber Änderungen am Haushalt vorzunehmen und ihn zu beschließen. Die Änderungsanträge der CDU kennzeichnen sich vor allem ideologisch, so soll das Landesaufnahmeprogramm Afghanistan gestrichen werden, die Mittel der Landesantidiskriminierungsstelle gekürzt werden oder die Finanzierung der politischen Erwachsenenbildung um 2/3 verringert werden. Darüber hinaus sind viele der Änderungsanträge inhaltlich nicht durchdacht, falsch gerechnet und widersprechen den öffentlichen Äußerungen der CDU. Die rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen sind im Verlauf immer wieder auf die CDU zugegangen und haben Gespräche und Verhandlungen zum Haushalt angeboten, welche allerdings abgelehnt wurden. Die FDP stellte die haushalterisch unseriöse Forderung von Kürzungen in Höhe von 1.000 Mio. Euro auf, welche sie bei der Einbringung ihrer Änderungsanträge nicht einmal selbst in konkreten Vorschlägen untermauern konnte.

Die aktuellsten Infos direkt aufs Smartphone.
Abonniere unseren Telegram-Kanal
https://t.me/linke_th

Der Ukrainekrieg oder vom Ende einfacher Gewissheiten



Bodo Ramelow auf dem Parteitag der Partei DIE LINKE im Juni 2022 in Erfurt.

Foto: Martin Heinlein

Seit beinahe zehn Monaten führt Russland nunmehr einen verbrecherischen Krieg gegen seinen Nachbarn, die Ukraine. Dieser Krieg trifft nicht nur die Welt in einer Zeit vielfältiger Krisen, sondern hat auch die politische Linke und mich ganz persönlich an einer sehr empfindlichen Stelle – nämlich unserem Kampf für Frieden und Abrüstung – getroffen.

Seitdem ich mich erstmals zu diesem Krieg und seinen Folgen geäußert habe, begegnet mir immer wieder die Vorhaltung, dass ich ohne Grund und ohne Not Waffenlieferungen an die Ukraine für genehmigungsfähig hielte. Insinuiert wird dabei regelmäßig, ich sei ein Kriegstreiber und verstehe nicht, dass die Lieferung von Waffen die Gewaltspirale ins Endlose verlängern würde. Überdies würde ich die Aggressivität US-amerikanischer Außenpolitik verkennen, relativieren oder negieren.

Zu meiner eigenen Biographie sei darauf hingewiesen, dass ich in der Ostermarschbewegung in Hessen sozialisiert und groß geworden bin. Für mich waren deshalb Sitzblockaden nicht nur während der Ostermärsche auch vor amerikanischen oder bundesrepublikanischen Kasernen bekannter Demonstrationsalltag. Meine Position, die Atomwaffen von Büchel abzuziehen und im weltweiten Maßstab atomare

Abrüstung zum obersten Ziel von politischem Handeln zu machen, habe ich ebenfalls nicht aufgegeben. Mein politisches Werden ist außerdem geprägt vom Putsch in Chile, vom Vietnamkrieg, aber auch der US-amerikanischen Intervention in Grenada.

Dass ich als Ministerpräsident in Vietnam neben dem abgeschossenen B52 im Kriegsmuseum stehen durfte und mir die Originalbilder des Massakers von My Lai anschauen konnte, gleichzeitig aber mit der vietnamesischen Regierung über eine wunderbare Kooperation zwischen Vietnam und Thüringen nicht nur reden und verhandeln durfte, sondern sie auch bis heute ganz konkret umsetzen darf, hätte ich mir nie schöner vorstellen können.

Als Bundesratspräsident konnte ich kürzlich auf einer Auslandsreise nach Chile an Salvador Allendes Grab einen Kranz niederlegen und wichtige Gespräche mit den Opfern der Pinochet-Diktatur – unter anderem in der ehemaligen Colonia Dignidad – führen. Das alles hat mir viel Kraft gegeben.

Aus diesem Grund möchte ich noch einmal auf die Umstände aufmerksam machen, unter denen ich nach dem 24. Februar 2022 an mehreren Stellen meine Positionen zu Wladimir Putin und der russischen Regierung geändert habe. Bis zum 23. Februar 2022 ging ich davon aus, dass Putin nicht die

Unwahrheit sagte und das, was sich an der Grenze zur Ukraine abspielte, tatsächlich nur eine Übung sei. Am 24. Februar ist dieses Lügengebäude Putins eingestürzt. [...]

In einem Punkt bin ich mittlerweile sehr entschieden. Wladimir Putin präsentiert ein System der Autokratie und die ihn umgebenden Oligarchen sind permanent damit beschäftigt, ihr eigenes Volk auszurauben, eine gemeinsame Entwicklung für breite Bevölkerungsschichten zu verunmöglichen und die riesigen Vermögensmassen ins Ausland zu verschieben. Das mag in Teilen der Ukraine und anderen osteuropäischen Staaten nicht anders sein, die Paläste von Erdogan und Orban lassen grüßen.

Insofern ist das heutige Russland eben nicht die frühere Sowjetunion und das, was heute russische Politik ist, ist ebenso aggressiv wie chauvinistisch. Putin führt einen imperialen Krieg, der sich militärisch derzeit gegen die Ukraine richtet, aber tatsächlich mit all seinen Drohgebärden auch ein Zeichen an die anderen mittel- und osteuropäischen Staaten ist.

Letztlich kann ich nicht verstehen, warum in linken Kreisen Wladimir Putin, der in ganz Europa die Rechten unterstützt, immernoch vom Nimbus eines postsowjetischen Friedenssen-

gels umgeben ist. Weder ist er links, noch interessieren ihn progressive Bewegungen. Die Innenpolitik in Russland richtet sich gegen alles, was mir an gesellschaftlichem Fortschritt in Deutschland und Thüringen wichtig ist. Die Regenbogenfahne, die ich immer wieder vor der Staatskanzlei aufziehen lasse, das Eintreten für LGBTIQ-Rechte und unsere Kooperation zwischen der KZ-Gedenkstätte Buchenwald-Dora und der mittlerweile verbotenen Stiftung Memorial zeigen, wie weit meine Positionen mittlerweile von der russischen Realpolitik entfernt sind.

Das Beispiel von Memorial macht deutlich, dass das, was in Russland betrieben wird, Geschichtsfälschung und Geschichtsvergessenheit ist. Ich freue mich daher, die Festrede zum Menschenrechtspreis in Weimar für die Organisation Memorial halten zu dürfen und ich bleibe dabei, dass mein Satz „Angegriffene müssen sich verteidigen können“ im erwähnten Kontext zu dieser Haltung passt.

Vor der Thüringer Staatskanzlei hängen zwei Transparente, auf denen geschrieben steht: „Worte statt Waffen“.

Diese Botschaften sind kombiniert mit der Friedenstaube. An den Fahnenmasten der Staatskanzlei hängt die ukrainische Staatsflagge. Dies ist mein Zeichen einerseits für Diplomatie und Ausgleich und andererseits für die Wehrhaftigkeit Angegriffener. Nur so wird sich die Aggression Russlands beantworten lassen.

Letztlich wird es nur Frieden geben können, wenn die russische Armee sich aus der Ukraine zurückzieht und in Mittel- und Osteuropa ein gemeinsames Gefühl der Sicherheit zwischen den Staaten auf gleicher Augenhöhe geschaffen wird. Wenn in diesem Kontext dann endlich eine Weltfriedensordnung und ein Weltsicherheitsystem entstehen würden, bei denen nicht mehr einzelne Nationalstaaten isoliert das Kommando haben, sondern die Kontinente insgesamt in Prozesse eingebunden sind, wie sie durch den KSZE-Prozess einst eingeleitet wurden, ist eine andere Welt denkbar. Und in dieser Welt wäre ich mehr als glücklich, wenn das Grundgesetz ein Waffenexportverbot für die Bundesrepublik gesetzlich normieren würde.

Bodo Ramelow

Tagebucheintrag vom 5.12.2022

Den ungekürzten Text können Sie im Tagebuch unter www.bodo-ramelow.de lesen.

Unter allen Einsendungen des richtigen Lösungswortes verlosen wir 10 signierte Exemplar des Buches „...und manchmal platzt der Kragen. Bodo Ramelow – eine Biografie“ von Johannes Maria Fischer. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Zuschriften bis 1. März 2023 an: DIE LINKE. Thüringen, Eugen-Richter-Str. 44, 99085 Erfurt, Fax: 0361-6011141 oder per mail an lgst@die-linke-thueringen.de. Absender bitte nicht vergessen! Die Daten werden lediglich für die Gewinnermittlung und Benachrichtigung der Preisträger*innen verwendet und anschließend gelöscht.

historische Provinz Irlands	griechischer Buchstabe	dt. Tennisspieler (Alexander)	unter Wasser setzen	Sport-ruderer	italienisches Wirtshaus	orientalischer Markt	stetig fließen, laufen	österr. Rennfahrer: ... Lauda	erzählender Dichter	
Niveau, Rang, Stufe (engl.)			Kindertagesstätte (Kzw.)			Blütenstand			8	
		1	großer Nachtvogel			Gallert aus Gelatine, Knochen		17	dünnere Pfannkuchen (franz.)	nicht außen
ein Balte			vulkan. Gesteins-schmelz-fluss			Plüsch-pullover		6		
Karten-orakel	Sultanat am Arabischen Meer	Ringel-, Saug-wurm	kleines Jazz-musik-ensemble	poe-tisch: Irland			nordi-scher Hirsch			
	14			Aufgeld	Süd-asiatin	poetisch: aus Erz beste-hend		18		
südfranzösische Landschaft	Stadt in Maryland (USA)	Winter-sportler	niederl. Fürsten-ge-schlecht	9			Staat in West-afrika		Bestand, tatsäch-licher Vorrat	
alkali-sche Verbin-dung			unge-betener Gast; Teufel	15	Träger einer Erb-anlage	lang-schwän-ziger Papagei	be-stehen, existie-ren			
	2			heftiger Wind-stoß	gebilde-te, kultivierte Frau			spanisch: Hurra!, Los!, Auf!	Abk. für Europäi-sche Zen-tralbank	
Vereinigung von An-hängern	früherer türki-scher Titel	Maschi-nen-mensch				Musik-zeichen				
unechter Schmuck			11	Frosch aus der „Sesam-straße“	Schick-sal, Ge-schick	Frau Jakobs im A. T.		7	Affe, Weiß-hand-gibbon	
	5	Hahnen-fuß-gewächs					hasten	Farbe		13
Spiel-, Wett-kampf-klasse				ver-lassen; lang-weilig	Fluss in den Finn. Meer-busen			Harn-stoff (latei-nisch)		eine der Gezeiten
langes, wallen-des Haar	Spaß; Unfug	Fremd-wort-teil: neu (griech.)	Pferd		12	Schuld-summe, Fehl-betrag	altes Blas-instru-ment			
Teil der Perso-nalien				16	norwe-gische Haupt-stadt		Wind am Garda-see		Kfz-Zeichen Reut-lingen	
	3		ver-ehrtes Vorbild			Kauf, Anschaf-fung		10		
eingedickter Frucht-saft	Frosch-lurch	4			Strom in Ost-sibirien		griechi-sche Göttin			



twitter.com/die_linke_th



instagram.com/die_linke_th



youtube.com/dielinketh



facebook.com/linke.thueringen

IMPRESSUM: LinksBlick Bürger*innenzeitung wird kostenlos an Haushalte in Thüringen verteilt. Auflage: 170.000 Stück/Redaktionsschluss: 30.11.2022/ Redaktion: Dirk Anhalt, Mathias Günther (V.i.S.d.P.), René Kolditz, Nicole Griebbach, René Kotzaneck/Eugen-Richter-Str. 44, 99085 Erfurt, Telefon: 0361 - 60 111 54, Telefax: 0361 - 60 111 41, linksblick@die-linke-thueringen.de, www.die-linke-thueringen.de/Druck: Berliner Zeitungsdruck GmbH